RECHNUNGSHOF
FREIE UND HANSESTADT HAMBURG

Hamburg, den 31. August 2026

Pressemitteilung
Beratende Äußerung zur Haushaltslage: Rechnungshof sieht 1 Mrd. Euro Konsolidierungsbedarf

Der Rechnungshof berichtet mit der heute dem Senat und der Bürgerschaft vorgelegten Beratenden Äußerung nach § 81 Absatz 2 LHO – zeitgleich mit der Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfs 2027/2028 in die Bürgerschaft – über seine Einschätzung der aktuellen Haushaltslage.

Hamburg steht vor einer neuen haushaltspolitischen Realität: Nach Jahren stark wachsender Steuererträge und niedriger Zinsen zeigt sich ein struktureller Wandel.

Drei Entwicklungen prägen die aktuelle Haushaltslage:

- Die Steuererträge wachsen deutlich langsamer als bisher. Die Kostenseite muss sich daran ausrichten.
- Die Stadt schöpft ihre rechtlichen Verschuldungsmöglichkeiten voll aus. Zudem steigt das Zinsniveau. Die Folge: Die Zinskosten im Haushalt steigen rasant.
- Die Kosten für gesetzliche Leistungen sind in den letzten Jahren um über 7% p.a. gestiegen. Erstmals sind in Hamburg für das Haushaltsjahr 2027 über 10 Mrd. Euro an Transferkosten veranschlagt. Ursachen sind sowohl bundesgesetzliche Leistungsausweitungen als auch hamburgische Entscheidungen.

In der Folge plant der Senat die kommenden Haushaltsjahre mit einem strukturellen Defizit von 600 Mio. Euro, das nur durch Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage gedeckt werden kann — das markiert einen Trendbruch.

Der Rechnungshof weist in seinem Bericht u. a. auf Folgendes hin:

- Die geplanten Ansätze für Transferleistungen, insbesondere im Sozialbereich, sind nicht auskömmlich. Unterjährige Mehrbedarfe in dreistelliger Millionenhöhe sind wahrscheinlich.
- Die Personalkosten steigen weiter, auch aufgrund eines stetigen Personalaufwuchses in den letzten 10 Jahren. Der Senat will dies u. a. durch die Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden für Beamtinnen und Beamte auffangen. Die geplanten Personalkosten sind dennoch ohne darüberhinausgehende Konsolidierungsmaßnahmen nicht auskömmlich.
- Wachsende Finanzbedarfe in den Beteiligungen der Stadt, zum Beispiel im Zuge der Mobilitäts- und Energiewende, konnten in den letzten Jahren durch hohe Dividendenausschüttungen von Hapag-Lloyd aufgefangen werden. Dies

ist absehbar vorbei. Auch in den städtischen Beteiligungen besteht Konsolidierungsbedarf.

Der Senat plant ein Haushaltskonsolidierungs- und Sicherungskonzept mit einem Gesamtumfang von 600 Mio. Euro. Ist dies erfolgreich, deckt es lediglich das bereits jetzt bestehende strukturelle Defizit bis 2029. Der Rechnungshof fordert den Senat auf, die Konsolidierung mit klaren, wirksamen Maßnahmen anzugehen und für Risiken, die in seiner aktuellen Haushaltsplanung erkennbar sind, weitere 400 Mio. Euro vorzusehen.

Präsident Dr. Jäger: „Der Doppelhaushalt 2027/2028 markiert einen Trendbruch. Darauf zu hoffen, dass es – wie in den letzten Jahren – doch besser kommt als geplant, wäre waghalsig. Der Rechnungshof taxiert den tatsächlichen Konsolidierungsbedarf auf 1 Mrd. Euro, mithin um 400 Mio. Euro höher als der Senat. Dieses Ziel wird nicht durch ein „Klein-Klein“ mit Bewirtschaftungsstellschrauben zu erreichen sein. Senat und Bürgerschaft müssen einen hinreichend großen Hebel in die Hand nehmen und strukturell wirksame Maßnahmen beschließen und verlässlich umsetzen. Der Rechnungshof nennt als Maßnahmenbeispiele die Heraufsetzung der Klassengrößen bzw. der Schüler-Lehrer-Relationen, die Einschränkung des nahezu kostenlosen Deutschlandtickets für Schülerinnen und Schüler bzw. die einkommensunabhängige Subventionierung für Seniorinnen und Senioren oder die Erhöhung des Pensionsalters der Vollzugskräfte bei der Polizei, der Feuerwehr und der Justiz. Außerdem muss bei der Konsolidierung der Konzern mit in die Verantwortung genommen werden.“

Für Rückfragen:

Lena Schultz, Pressesprecherin und Leiterin der Präsidialabteilung,
Tel 040 / 428 23 – 1770, E-Mail: pressekonferenz@rh.hamburg.de

Unter www.rechnungshof.hamburg.de findet sich ein Video der Pressekonferenz (ab dem 31. August 2026, ab ca. 14:00 Uhr verfügbar).

Sperrfrist 31.08.2026, 12.00 Uhr

QR-Code scannen:
Bericht zur Haushaltslage mit einem Video der Pressekonferenz